

EU plant radikalen Kurswechsel in der Abfallpolitik

Müllzertifikate sollen Abfallberge verkleinern / Handelbare Entsorgungsrechte zur Steuerung der Müllströme

bü. BRÜSSEL, 25. Mai. Die Europäische Kommission plant einen radikalen Kurswechsel in der Abfallpolitik, um die wachsende Müll-Lawine zu bremsen und einen größeren Anteil des Abfalls stofflich zu verwerten. Deponieabgaben und andere „wirtschaftliche Instrumente“ müssten Müllkippen und Müllverbrennung verteuern und das Recycling wirtschaftlich attraktiver machen, heißt es in einem noch unveröffentlichten Strategiepapier, mit dem Umweltkommissar Margot Wallström am Dienstag die Debatte einleiten will.

Die Pläne sind brisant, weil die Kommission die bisherige Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten in der Entsorgungspolitik aufgeben will. Industrievertreter in Brüssel warnten angesichts der bevorstehenden Ost-Erweiterung vor Wettbewerbsverzerrungen. Für den Umweltschutz komme es darauf an, „die Abfallsammlung und das Recycling in der Gemeinschaft insgesamt zu optimieren“. Ob dabei in allen Mitgliedstaaten das gleiche Niveau erreicht werde, sei zweitrangig, heißt es dagegen in dem Kommissionspapier.

Das Modell erinnert an den umstrittenen Emissionshandel: Wichtigste Zielgröße wäre eine Recycling-Vorgabe für die gesamte EU. Welche Länder und Branchen welchen Beitrag leisten, soll der Markt regeln. Dazu plant die Kommission ein System handelbarer Zertifikate, um die Abfallsammlung und Wiederverwertung an den Ort der geringsten Kosten zu lenken. Länder und Industrien, die sich zu einem Ausbau der stofflichen Verwertung noch nicht in der Lage sehen, könnten sich durch den Zukauf von Zertifikaten, die zur Mülldeponierung oder Verbrennung berechtigen, von ihren Verpflichtungen freikaufen.

Im EU-Recht finden sich Recycling-Quoten bisher nur für bestimmte Produktgruppen, etwa für die Wiederverwertung von Verpackungsmaterialien und einigen Bestandteilen von Elektroschrott und Altta-



Die EU möchte die Müll-Lawinen stoppen

Foto Fabian Matzarath/ddp

ein Stoff befindet, gelten für ihn unterschiedliche Bestimmungen. Kunststoffe in Elektrogeräten zum Beispiel unterliegen einer Recycling-Verpflichtung, während das EU-Recht für am Bau verarbeitete Kunststoffe keinerlei Verwertungsvorschriften macht. Hier plant die Kommission einen Paradigmenwechsel: Die Recyclingvorschriften und die neuen EU-Quoten sollen nicht nur an den Endprodukten, sondern an den zu verwertenden Stoffen anknüpfen. „Nur so können wir die Lücken im EU-Recht schließen“, heißt es in der Kommission.

Die neue Strategie läßt noch viele Fra-

antwortung für das Recycling. Detaillierte Vorschläge sollen erst nach Beratungen mit den Verbänden und den EU-Regierungen folgen. Grundsätzlich will die Kommission an der Verantwortung der Hersteller festhalten. Bei einfachen, „standardisierten“ Produkten sei eine „kollektive Verantwortung“ denkbar, während bei komplexeren Erzeugnissen die individuelle Produzentenverantwortung der richtige Weg sei, um schon im Produktdesign die spätere stoffliche Verwertung zu erleichtern.

Nach Angaben der Kommission fallen in EU jährlich 1,3 Milliarden Tonnen Ab-

fallminderung blieben erfolglos. So ist zum Beispiel das durchschnittliche Aufkommen an Hausmüll auf 550 Kilogramm je Einwohner gestiegen, während die EU eine Stabilisierung auf 300 Kilogramm zum Ziel hatte. Die Förderung des Recycling verspricht laut Kommission nicht zuletzt einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz: So spare eine Tonne Recycling-Papier rund 900, eine Tonne aus der Wiederverwertung gewonnenes Aluminium sogar 9100 Kilogramm Kohlendioxid.